



IZA und Weltbank beraten Strategien zur Bekämpfung der weltweiten Jugendarbeitslosigkeit

Die Verbesserung der Arbeitsmarktperspektiven junger Menschen in aller Welt stand im Zentrum der siebten gemeinsamen Jahreskonferenz „Beschäftigung und Entwicklung“ von IZA und Weltbank, die vom 5. bis 7. November 2012 in Zusammenarbeit mit dem Indian Council for Research and International Economic Relations (ICRIER) in Neu Delhi stattfand. Mehr als 120 Wissenschaftler und Vertreter der politischen Praxis in nationalen und internationalen Institutionen diskutierten insbesondere Maßnahmen für eine bessere berufliche Ausbildung und die Förderung von Unternehmertum und Selbstständigkeit. Eröffnet wurde die Konferenz von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und *Arup Banerji*, Direktor der Weltbank-Abteilung für Arbeit und soziale Sicherung. Sie betonten die große Bedeutung der erfolgreichen Zusammenarbeit von IZA und Weltbank, die mit ihrem 2006 gegründeten gemeinsamen Forschungsprogramm und zahlreichen Einzelinitiativen die Arbeitsmarktforschung in Entwicklungs- und Schwellenländern maßgeblich vorangetrieben haben.

IZA-Fellow *Kaushik Basu*, der kürzlich zum Chefökonom der Weltbank ernannt wurde und zuvor das indische Finanzministerium be-

riet, referierte zu den Herausforderungen und Chancen, die mit der Schaffung von Arbeitsplätzen in Ländern mit niedrigen Einkommen verbunden sind. Eine wichtige Botschaft seines Vortrags war die Aufforderung an die Politik, geeignete Maßnahmen an die spezifischen Rahmenbedingungen des jeweiligen Landes anzupassen. In Bezug auf die staatliche Regulierung der Arbeitsmärkte gab er zu bedenken, dass durch gesetzliche Regelungen zwar in vielen Ländern das Lohnniveau gesteigert und die Arbeitsbedingungen verbessert werden konnten, dass jedoch zu restriktive Eingriffe in Ländern wie Indien die Verlagerung regulärer Arbeitsplätze in den informellen Sektor förderten. Zimmermann ergänzte, dass staatliche Eingriffe teilweise zu einer Dualisierung der Arbeitsmärkte geführt haben – auf der einen Seite relativ gut abgesicherte „Insider“ in langfristigen Beschäftigungsverhältnissen, auf der anderen Seite Arbeitslose und Beschäftigte im informellen Sektor als weitgehend ungeschützte „Outsider“.

Die anschließende Diskussion, moderiert von *David Lam* (University of Michigan und IZA), konzentrierte sich auf die enormen demografischen Herausforderungen, die die Schaffung neuer Arbeitsplätze unausweichlich macht. In Südasien etwa wächst das Arbeitskräftepotenzial pro Monat um rund eine Million Menschen, darunter hauptsächlich junge Berufseinsteiger. Während junge Menschen in den Industrieländern Europas 12 Prozent der Bevölkerung ausmachen, beläuft sich ihr Anteil in Ländern mit niedrigem Einkommen auf bis zu 20 Prozent. Neben der demografischen



Arup Banerji (Director for Social Protection and Labor, Weltbank)
Klaus F. Zimmermann (IZA-Direktor)

» In dieser Ausgabe

GERINGFÜGIGE BESCHÄFTIGUNG UND EHEGATTENSPLITTING

Eine aktuelle IZA-Studie analysiert Reformoptionen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. [Seite 5](#)

ANTWORTEN AUF DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL

Arbeitszeitverlängerungen können einen Beitrag zur Linderung des Fachkräftemangels leisten. [Seite 6](#)

IZA GASTGEBER DER EALE 2012

Die Jahreskonferenz der European Association of Labour Economists fand auf Einladung des IZA in Bonn statt. [Seite 8](#)

IZA/CEPR SYMPOSIUM (ESSLE)

Das European Summer Symposium in Labour Economics 2012 bot ein erstklassiges Forum für den Diskurs zu aktuellen Arbeitsmarktfragen. [Seite 9](#)

IZA/IFAU EVALUATIONSKONFERENZ

Der hohe Praxisbezug der modernen Evaluationsforschung wurde im Rahmen der 4. IZA/IFAU Conference on Labor Market Policy Evaluation unter Beweis gestellt. [Seite 10](#)

EU-ERWEITERUNG UND ARBEITSMÄRKTE

In Budapest fand ein Expertentreffen zur Bewertung der nach der EU-Osterweiterung eingetretenen Binnenwanderungen statt. [Seite 12](#)

VON RUSSLAND BIS CHINA: ANALYSE ÖKONOMISCHER REFORMPROZESSE

Mit der Moskauer Higher School of Economics führte das IZA einen Workshop zu Arbeitsmarktentwicklungen in Russland, Zentralasien und China durch. [Seite 13](#)

IZA@DC YOUNG SCHOLAR-PROGRAMM

Sehr positive Resonanz fand das erste IZA@DC-Programm für Nachwuchswissenschaftler in Washington. [Seite 15](#)

GLM|LIC Workshop zu Arbeitsmärkten in Niedrigeinkommensländern

In Verbindung mit der IZA/World Bank Conference fand in Neu-Delhi auch die erste Veranstaltung des IZA/DFID Growth and Labour Markets in Low Income Countries Programme (GLM|LIC) statt. Im Mittelpunkt stand die intensive Beratung von Wissenschaftlern aus Niedrigeinkommensländern, deren Förderanträge im Rahmen des Programms gezielt berücksichtigt werden sollen. Forschungsteams aus Benin, Kamerun, Malawi, Südafrika und Uganda wurden ausgewählt, um ihre Forschungsvorschläge zu präsentieren. Thematisch ging es dabei von der Evaluation von Fördermaßnahmen für Frauen im Bildungssystem Ugandas bis zur Analyse von Arbeitsnachfrageelastizitäten in der verarbeitenden Industrie Kameruns. Die Präsentationen machten deutlich, dass sich der Forschung noch viele Aufgaben stellen und ergiebige Datensätze der Auswertung harren. Wertvolle Arbeitshinweise erhielten die Teilnehmer von *Francis Teal* (Oxford University und IZA), *Farzana Afridi* (ISI Delhi und IZA) und *Tilman Brück* (Humboldt-Universität Berlin und IZA). Der Workshop wurde mitfinanziert durch das kanadische International Development Research Centre, das sich ebenfalls der Förderung von Forschungsarbeiten in Entwicklungsländern widmet.

GLM|LIC organisierte darüber hinaus zwei thematisch fokussierte Expertenmeetings im Rahmen der IZA/World Bank Conference. *Margaret Sheridan* (Harvard Medical School) präsentierte Erkenntnisse aus einem Forschungsprojekt mit gefährdeten Jugendlichen in Liberia, in dem die sozialen und ökonomischen Effekte von Maßnahmen zur Verhaltensbeeinflussung und von Finanztransfers untersucht wurden. Die noch laufenden Studien zeigen, dass eine nachhaltige Verhaltensänderung im Sinne von aktiver Erwerbsbeteiligung und Ersparnisbildung durch gezielte Anreize möglich ist. Langzeituntersuchungen stehen allerdings noch aus.

Tilman Brück stellte aktuelle Auswertungen von Haushalts-Paneldaten aus Kirgisistan vor. Die in Kooperation mit Forschungsinstituten im kirgisischen Bishkek durchgeführten Erhebungen „Life in Kyrgyzstan“ sammeln jährlich Daten von 3.000 Haushalten. Die Daten decken dabei Themen wie Demografie, Migration, Beschäftigung, soziale Netze sowie subjektives Wohlbefinden ab und erlauben somit eine genaue Analyse sozioökonomischer Konstellationen und Verhaltensweisen. Brück verwies unter anderem auf die Notwendigkeit, die Rolle von Frauen auf dem kirgisischen Arbeitsmarkt angesichts der sich abzeichnenden, religiös motivierten Einschränkungen verstärkt zu analysieren.

Francisco Campos (Weltbank) informierte über zwei Forschungsvorhaben für Togo: Ein Projekt vergleicht die Effekte zwei verschiedener Weiterbildungsprogramme für Geschäftsinhaber im informellen Sektors. Ziel ist es zu klären, welche Form von Humankapitalentwicklung die Leistung eines Betriebes am stärksten beeinflusst und ob Frauen und Jugendliche unterschiedlich auf verschiedene Ausbildungsmaßnahmen reagieren. Das zweite Projekt untersucht den Effekt von drei unterschiedlichen Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche auf Arbeitsmarktteilnahme und sozialen Status. Beide Projekte richten ein besonderes Augenmerk auf die Analyse von Geschlechterunterschieden in Einkommen und Produktivität.

Der dritte und letzte GLM|LIC-Aufruf zur Einreichung von Forschungsvorschlägen wird im ersten Halbjahr 2013 erfolgen. Ein regelmäßiger Newsletter informiert über die Aktivitäten des Programms:

► www.iza.org/glm-lic/newsletter

Herausforderung sehen sich viele Entwicklungsländer mit den Problemen geringer Qualifikation, falscher Qualifikation und mangelnder sozialer Sicherung konfrontiert.

Im Rahmen der Konferenz stellte die Weltbank auch den neuen World Development Report 2013 mit dem Schwerpunktthema „Jobs“ vor (siehe Kasten Seite 3 ►). *Martin Rama*, Direktor des World Development Re-

port, machte deutlich, dass Beschäftigung nicht allein der Sicherung des Haushaltseinkommens diene, sondern auch entscheidend zur Steigerung von Produktivität und gesellschaftlichem Zusammenhalt beitrage. Für die wirtschaftliche Entwicklung besonders wertvoll seien Jobs, die das Funktionieren von Städten fördern, die nationale Wirtschaft besser an die Weltmärkte anbinden, die Umwelt schützen, Vertrauen und ziviles

Engagement fördern sowie das Armutsrisiko reduzieren. Rama wies zudem darauf hin, dass „diese Art von Jobs nicht nur im formellen, sondern auch im informellen Sektor entstehen kann“. Da der informelle Sektor in Ländern mit mittleren und niedrigen Einkommen die Mehrheit der Arbeitskräfte umfasst, verdiene er eine genauere Analyse im Hinblick auf den Ausbau von Beschäftigungspotenzialen.

Das Tagungsprogramm beinhaltete Präsentationen zu vielfältigen Themen wie finanzielle Anreize und Jugendarbeitslosigkeit, Migration, Lohnunterschiede, Frauenerwerbstätigkeit, Humankapital, Ungleichheit und riskantes Verhalten. Gesonderte Vortragsrunden wurden unter anderem von ILO und OECD sowie dem IZA/DFID-Forschungsprogramm „Growth and Labour Markets in Low Income Countries“ organisiert (siehe Kasten ◀). Vorgestellt wurden experimentelle Studien ebenso wie Evaluationen von Politikmaßnahmen, die Jugendlichen den Zugang zu abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit erleichtern sollen.



Kaushik Basu (Chefökonom der Weltbank)

Die abschließende Podiumsdiskussion behandelte vorrangig die Themen Jugendarbeitslosigkeit und Unternehmertum. Moderiert von Arup Banerji nahmen neben Kaushik Basu und Klaus F. Zimmermann auch *Rajat Kathuria* (ICRIER) und *Haroon Bhora* (University of Cape Town) teil. Die Diskutanten waren sich einig, dass es Jugendliche aufgrund mangelnder Berufserfahrung, fehlenden Netzwerken und mangelndem Wissen über die verschiedenen Möglichkeiten der Jobsuche besonders schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Zugleich fehlt es ihnen an Kapital und Geschäftskontakten, die für eine erfolgreiche Unternehmensgründung nötig wären. Mittelfristig sei es unwahrscheinlich, dass es den Volkswirtschaften gelinge, ausreichend abhängige Beschäftigung für alle zu schaffen. „Bislang sind Selbstständigkeit und Kleinunternehmertum in vielen Entwicklungsländern die vorherrschenden Beschäftigungsformen – das wird sich nicht über Nacht ändern“, betonte Kathuria. Zimmermann wies zudem darauf hin, dass Subunternehmertum und Scheinselbstständigkeit weltweit auf dem

IZA-Expertise für World Development Report 2013 der Weltbank

Der neue World Development Report 2013 der Weltbank richtet erstmals sein Augenmerk ganz auf die Bedeutung der Arbeitsmärkte für die globale Entwicklung und Armutsbekämpfung. Zu Recht konstatiert der Report: „Jobs sind der Schlüssel zur Reduzierung von Armut, zur Funktion urbaner Lebenszentren und zur Vermeidung von Gewaltbereitschaft unter arbeitslosen Jugendlichen.“

Die Einschätzungen des World Development Reports gründen sich auch auf eine Untersuchung des IZA im Auftrag der Weltbank: Ein Team von IZA-Experten unter Leitung von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und des stellvertretenden IZA-Direktors Arbeitsmarktpolitik, *Werner Eichhorst*, legte eine umfangreiche Hintergrundstudie zu den Perspektiven der Berufsausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen vor. Angesichts weltweit verbreiteter, hoher Jugendarbeitslosigkeit betont die Studie – und ihr folgend der World Development Report –, wie notwendig verstärkte Anstrengungen zur Modernisierung der (dualen) Berufsausbildung wie auch der akademischen Bildung sind.

Die IZA-Studie plädiert unter anderem für einen größeren Beitrag der Privatwirtschaft im Rahmen der universitären Ausbildung, um auf diese Weise einen stärkeren Praxisbezug der Ausbildungsinhalte herzustellen. Gleichzeitig fordern die Experten, international mehr Flexibilität in den (dualen) Ausbildungszweigen zu schaffen, um sie besser an die sich wandelnden Anforderungen der Arbeitsmärkte anpassen zu können. Besondere Aufmerksamkeit muss der Studie zufolge dem informellen Sektor zukommen, der in vielen Entwicklungsländern eine wichtige treibende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt. Die Studie skizziert Wege zur besseren Verzahnung von informeller und formaler Ausbildung und Beschäftigung.

Die Studie ist verfügbar als IZA Discussion Paper No. 6890:
 ▶ <http://ftp.iza.org/dp6890.pdf>



Kooperation von Weltbank und IZA: Die „Jobs Knowledge Platform“

IZA und Weltbank betreiben gemeinsam mit Partnerorganisationen wie dem Economic Research Forum, Fedesarrollo, dem International Development Research Centre, der Latin American and Caribbean Economic Association, dem McKinsey Global Institute und REALM/AMERUB die virtuelle „Jobs Knowledge Platform“. Hier werden wichtige Erkenntnisse zur Rolle der Arbeitsmärkte für die weltweite sozioökonomische Entwicklung thematisiert und breit diskutiert. Das IZA bringt seine eigenen Forschungsergebnisse und Politikempfehlungen wie auch das Knowhow seines Netzwerks gezielt in das ambitionierte Projekt ein.

Die Jobs Knowledge Platform legt Wert auf interdisziplinäre Ansätze und zielt darauf ab, das vorhandene Wissen um erfolgversprechende Arbeitsmarktlösungen zu sammeln, um auf diese Weise eine solide, unabhängige Grundlage für künftige politische Debatten zu schaffen. Das Internetangebot der Plattform wird kontinuierlich erweitert. Darüber hinaus wird die Gemeinschaftsinitiative auch mit eigenen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit treten.

▶ www.jobsknowledge.org

Vormarsch seien, da Unternehmen auf diese Weise die mit regulärer Beschäftigung verbundenen Steuern und Sozialabgaben umgehen könnten.

„Ein Teil des Problems liegt in der Heterogenität der Gruppe von Selbstständigen und Unternehmern: Die einen sind innovative und ambitionierte Unternehmer, andere haben die Selbstständigkeit allein aus der Not heraus gewählt“, betonte Bhorat. Es sei daher sinnvoll, in der ökonomischen Betrachtung die „Gazellen“ unter den Unternehmen von den wirtschaftlich nicht überlebensfähigen Betrieben zu trennen. Politische Maßnahmen wie Unternehmertraining, Zugang zu Krediten, Beratungsangebote, Integration in Wertschöpfungsketten oder Mikrofranchising könnten dann besser an die tatsächlichen Bedürfnisse angepasst werden.

Die Diskussionsteilnehmer nannten außerdem bürokratische Hürden, unzureichende Infrastruktur oder mangelnden Wettbewerb auf den Gütermärkten als externe Faktoren, die einer erfolgreichen unternehmerischen Aktivität im Wege stehen können. Basu warnte allerdings davor, Selbstständigkeit und Unternehmertum als Allheilmittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu sehen. Die ebenso notwendige Förderung abhängiger Beschäftigung setze vor allem Investitionen in ländliche Entwicklung und Agrarwirtschaft, aber auch in neue urbane Zentren voraus.

Ein halbtägiges Politikforum beschäftigte sich mit den Themen Jugendarbeitslosigkeit und Unternehmertum speziell aus dem Blickwinkel Indiens. In seiner Eröffnungsansprache betonte *Isher Judge Ahluwalia* (Board of Governors, ICRIER), Indien müsse bei seinem Wachstum auf beschäftigungsintensive Sektoren setzen, um den demografischen Chancen des Landes Rechnung zu tragen. *Subramaniam Ramadurai* (Berater des indischen Premierministers in Qualifikationsfragen) bestätigte, dass Indien sich zwar der Vorteile seiner großen und ständig wachsenden Jugend bewusst sei, diese aber noch nicht ausreichend nutze. In keinem anderen Land der Welt leben mehr 15- bis 24-Jährige. „Unsere Jugend ist nur dann ein Vorteil, wenn wir auch in sie investieren. Eine gut ausgebildete Generation kann ein großer Pluspunkt sein. Ohne geeignete Investitionen wird sie jedoch zu einem enormen sozialen und ökonomischen Risiko“, so Ramadurai. Er forderte weitere Investitionen in betriebliche Ausbildungsprogramme ebenso wie Maßnahmen zur Gründungsförderung für Jugendliche. Die indische Regierung arbeite bereits intensiv an der Entwicklung technologiebasierter Plattformen für die

Neue Studie: Nur geringe Auswirkungen eines großen indischen Arbeitsbeschaffungsprogramms

Großangelegte Arbeitsbeschaffungsprogramme gelten heute in vielen Ländern als eine weitgehend ineffektive Form der aktiven Arbeitsmarktpolitik: Sie haben oft nicht den erhofften positiven Einfluss auf die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und gefährden auf Dauer möglicherweise existierende Stellen. Dennoch wächst in den letzten Jahren das Interesse an solchen Programmen in sich entwickelnden Ländern: Dort sollen diese Maßnahmen dabei helfen, ein Sicherheitsnetz für die arme Landbevölkerung zu schaffen, die den saisonalen Schwankungen von Arbeit in der Landwirtschaft ausgesetzt ist. Während existierende Regierungsprogramme zur Armutsbekämpfung in der Regel zu unflexibel sowie von Korruption und anderen administrativen Problemen geplagt sind, sieht man Arbeitsbeschaffungsprogramme als potenzielle Lösung: Haushalte können selbst entscheiden, ob und wann sie für die Regierung arbeiten, was diese Programme wesentlich flexibler machen und die administrative Umsetzung deutlich vereinfachen soll. Empirische Analysen der Wirksamkeit solcher Initiativen sind allerdings immer noch relativ selten.

Eine neue Studie von *Laura Zimmermann* (University of Michigan und IZA) analysiert, wie das größte und ambitionierteste Arbeitsbeschaffungsprogramm der Welt (National Rural Employment Guarantee Scheme, NREGS) in das Funktionieren des Arbeitsmarktes eingreift. Das Programm basiert auf der gesetzlich festgeschriebenen Garantie der indischen Regierung, jedem ländlichen Haushalt bis zu 100 Tage manueller Arbeit pro Jahr zu ermöglichen. Da 70 Prozent der Inder auf dem Land leben, kann ein Großteil der erwerbstätigen Bevölkerung von der Garantie Gebrauch machen. Die jährlichen Ausgaben für NREGS betragen ungefähr ein Prozent des indischen Bruttoinlandsprodukts. Das Programm wurde zwischen 2006 und 2008 in drei Phasen eingeführt und läuft seit 2008 in 99 Prozent der indischen Distrikte.

Für viele Inder ist NREGS eine attraktive Alternative: Haushalte können sich jederzeit für das Programm anmelden, und der gezahlte Mindestlohn ist oft höher als der Lohn für ähnliche Arbeit in der Landwirtschaft, da Mindestlohngesetze in Indien in der Regel nicht eingehalten werden. NREGS ist besonders attraktiv für Frauen, weil das Programm im Gegensatz zum privaten Sektor jedem Arbeiter den gleichen Lohn zahlt, und zwar auch außerhalb der Erntezeit, wenn es in vielen Dörfern nur wenig Arbeit gibt.

Die empirische Analyse von NREGS vergleicht Löhne und Beschäftigungszahlen in Distrikten zu einem Zeitpunkt, an dem NREGS nur in Teilen Indiens aktiv war. Da die Einführung zuerst in den ärmsten Distrikten erfolgte, sind späte NREGS-Distrikte allgemein jedoch keine geeignete Kontrollgruppe für frühe Distrikte. Institutionelles Wissen über den wahrscheinlichen Algorithmus, den die indische Regierung für die Phaseneinteilung der Distrikte benutzte, ermöglicht es jedoch, dieses Problem zu lösen: Da die Armut eines Distriktes anhand eines Index gemessen wird und der Armutsgrenzwert für eine Phase exogen festgelegt wurde, dürften Distrikte, die gerade noch „arm genug“ für den Erhalt von NREGS in einer bestimmten Phase waren, und solche, die geringfügig besser gestellt waren, einander in vielen Eigenschaften ähnlich sein und deshalb gute Vergleichsgruppen darstellen.

Die Ergebnisse der Studie deuten auf bestenfalls geringe Effekte von NREGS hin. Das Programm führt nicht zum angestrebten Anstieg der öffentlichen Beschäftigung im ländlichen Raum, was vermutlich der praktischen Rationierung von NREGS-Arbeit seitens überforderter lokaler Behörden geschuldet ist. Auch gibt es kaum Anhaltspunkte für einen negativen Einfluss auf die Beschäftigungszahlen im privaten Sektor. Die privaten Löhne für Männer blieben unverändert. Zwar stiegen die Löhne für im privaten Sektor beschäftigte Frauen während der Erntezeit um 20 Prozent. Da diese Gruppe jedoch nur einen Bruchteil der Gesamtbeschäftigung ausmacht, dürften die Veränderungen für ländliche Haushalte insgesamt äußerst gering sein.

Laura Zimmermann

Labor Market Impacts of a Large-Scale Public Works Program: Evidence from the Indian Employment Guarantee Scheme

IZA Discussion Paper 6858
<http://ftp.iza.org/dp6858.pdf>



Jobsuche und an einem Konzept zur Förderung von Schlüsselqualifikationen für den Arbeitsmarkt.

In der nachfolgenden Podiumsdiskussion ging es um die Rolle des privaten Sektors in der beruflichen Qualifizierung. Der Arbeitsminister Saudi-Arabiens, *Adel Fakieh*, gab einen aufschlussreichen Einblick in den Ansatz seines Landes zur Bewältigung von Qualifikationsengpässen. Saudi-Arabien testet derzeit einen marktorientierten Ansatz, bei dem ausschließlich Firmen des privaten Sektors die Ausbildungspläne gestalten. In Kombination mit einem Gutscheinsystem und der Schaffung eines Risikokapitalfonds als Teil des Ausbildungssystems soll so ein eigenes „Ökosystem“ entstehen, in dem sich Angebot und Nachfrage nach Qualifikationen permanent aneinander anpassen. *Bishwanath Goldar* (Institute of Economic Growth, University of Delhi) erwiderte, dass für die indische Jugend, die noch zum Großteil in der Landwirtschaft tätig ist, ein solches System nur dann denkbar wäre, wenn die mit dem Übergang in eine Berufsausbildung verbundenen Lohnneinbußen ausgeglichen würden.

Auf die Frage, wie bis zum Jahr 2022 weitere 500 Millionen neue Arbeitskräfte integriert werden können, antwortete *Ashok Sahu* (Planungskommission der indischen Regierung), dies erfordere in der Tat eine effektive Zusammenarbeit sämtlicher beteiligter Institutionen aus Politik und Gesellschaft. Länder wie Indien müssten, so die einhellige Einschätzung der Diskutanten, junge Menschen bei Berufswahl und Arbeitsmarkteintritt unterstützen sowie effiziente Wege finden, Geringqualifizierten den Aufstieg in produktivere Beschäftigung zu ermöglichen. *John Blomquist* (Weltbank) fügte hinzu, dass dies innovative Ausbildungsprogramme voraussetze, die aus den bisherigen Erfahrungen mit solchen Programmen lernten.

In einer weiteren Sitzung mit Vertretern aus der Praxis repräsentierte *Rehana Rijawala* den indischen Verband selbstständiger Frauen (SEWA). Die SEWA-Mitglieder sind in Gewerkschaften und rund 100 Genossenschaften organisiert. Auf diese Weise sollen Geringverdienerinnen im informellen Sektor, insbesondere in abgelegenen ländlichen Gebieten, auf dem Weg in gesicherte Beschäftigung und Eigenständigkeit gestärkt werden. *Gouri Gupta* (National Institute for Entrepreneurship and Small Business Development) nannte drei große Herausforderungen der Gründungsförderung: Erstens müssten vorhandene Informationsasymmetrien beseitigt werden, zweitens müsse der Zugang zu Krediten erleichtert werden, und drittens müsse die Ausbildung durch die Einbet-

tung von Management-, Finanz- und Marketingwissen verbessert werden.

Auf die bessere Vernetzung der Jobsuchenden untereinander und mit potenziellen Arbeitgebern setzt *Sean Blagsvedt*, Geschäftsführer des Unternehmens „Babajob“, das aufgrund mangelnden Internetzugangs in vielen Regionen Indiens Stellenanzeigen primär per SMS verbreitet. Blagsvedt forderte die Politik auf, die Bereitstellung von Arbeitsmarktinformationen, aber auch von Personendaten insbesondere für die arme Erwerbsbevölkerung zu verbessern, um die digitale Vermittlung zwischen Arbeitgebern und potenziellen Arbeitnehmern zu fördern.

Moderiert von Arup Banerji, diskutierten *Ashwini Deshpande* (Delhi School of Economics), *Pronab Sen* (Planungskommission), *Stefano Scarpetta* (OECD und IZA) und Klaus F. Zimmermann zum Abschluss über die wichtigen Zukunftsaufgaben für Politik und Wissenschaft bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

Sen nannte (Aus-)Bildung als Kernthema und forderte, dass die Kosten der Berufsausbildung in Indien von den Unternehmen und nicht wie bislang von den Auszubildenden selbst getragen werden sollten. Zimmermann fügte hinzu, dass das duale Ausbildungssystem Deutschlands als Vorbild dienen könne, wenn es darum geht, Arbeitgeber und Auszubildende enger aneinander zu binden und den Übergang von der Schule in die Erwerbstätigkeit zu erleichtern.

Zu den weiteren Prioritäten zählten die Diskutanten eine moderne Infrastruktur sowie geeignete Rahmenbedingungen sowohl für Kleinbetriebe als auch für Großkonzerne. Zudem sahen sie Potenzial für gezieltere, evidenzbasierte Politikmaßnahmen, besseren Kreditzugang und die Förderung einer Unternehmenskultur, die den Belangen der Jugend Rechnung trägt. In diesem Zusammenhang sei auch die Verringerung der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, verschiedenen Einkommensgruppen, sozialen Schichten

sowie zwischen der ländlichen und städtischen Bevölkerung ein vorrangiges Ziel.

Scarpetta warnte aus Sicht der OECD davor, dass angesichts von bis zu 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Ländern wie Spanien und Griechenland eine „verlorene Generation“ drohe, die sich nur schwer wieder erholen würde. Daher müsse jetzt rasch an allen Fronten gehandelt werden: Investitionen in frühkindliche Bildung schließe dies ebenso ein wie die Anpassung von Ausbildungsinhalten an die Anforderungen des Arbeitsmarktes. Darüber hinaus seien auch finanzielle Anreize für Unternehmen zur Einstellung Jugendlicher denkbar.

Die vollständigen Programme der IZA/Weltbank-Konferenz und des Politikforums sind online abrufbar:

▶ www.iza.org/link/worldb2012

▶ www.iza.org/link/worldbpdf2012

Geringfügige Beschäftigung und Ehegattensplitting: Reformen bringen mehr reguläre Jobs

Die geringfügige Beschäftigung nimmt in Deutschland deutlich zu. Wie ist dieser Trend aus ökonomischer Sicht zu bewerten, und welche Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen wären sinnvoll? Zu dieser Thematik hat das IZA im Auftrag der Bertelsmann Stiftung eine Untersuchung vorgelegt und verschiedene Reformoptionen auf ihre Wirkung hin überprüft. Die Möglichkeiten für geringfügige Beschäftigung wurden im Jahr 2003 erweitert: Die monatliche Einkommensgrenze wurde von 325 auf 400 Euro angehoben und die Begrenzung der Arbeitszeit von 15 Stunden pro Woche abgeschafft. Einkommen aus unselbstständiger Arbeit bis zu 400 Euro unterliegt für den Arbeitnehmer weder der Einkommensteuer noch der Sozialversicherungspflicht. Die Gleitzone, in der volle Einkommensteuerpflicht besteht, erstreckt sich von 400 bis 800 Euro. Die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer werden dabei mit ansteigenden Sätzen erhoben.

Als unmittelbare Folge dieser geänderten Rechtslage hat eine deutliche Expansion geringfügiger Beschäftigung stattgefunden. Die Zahl der Minijobber stieg von 4,2 Millionen im Jahr 2002 auf 7,4 Millionen im Jahr 2011. Davon üben über knapp 2,5 Millionen einen Minijob im Nebenerwerb aus. Vor allem im Niedriglohnssektor, aber auch in Branchen wie der Gastronomie und dem Einzelhandel, sank gleichzeitig die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die Gründe hierfür sind sowohl im Kalkül von Arbeitgebern wie auch von Arbeitnehmern zu suchen. Es ist davon auszugehen, dass die Befreiung von Einkommensteuer und Sozialversicherung, die dem Arbeitnehmer gewährt wird, teilweise auf den Arbeitgeber übergeht, indem dieser einen geringeren Stundenlohn als zuvor zahlen kann. Umgekehrt erscheint insbesondere für verheiratete Frauen, die nach der Familiengründung schrittweise ins Erwerbsleben zurückkehren, eine geringfügige Beschäftigung lukrativ, da sie einen ersten Einstieg mit geringer Stundenzahl ohne Steuern und Abgaben ermöglicht.

Probleme entstehen dann, wenn die Arbeitszeit ausgedehnt werden soll oder besser entlohnte Tätigkeiten ausgeübt werden können. Übersteigt das Bruttoeinkommen aufgrund besserer Entlohnung oder längerer Arbeitszeiten die 400-Euro-Grenze, wird das gesamte Einkommen ab dem ersten Euro einkommensteuerpflichtig. Darüber hinaus unterliegen Erst- und Zweitverdiener im Ehegattensplitting demselben Grenzsteuersatz, obwohl der Zweitverdiener häufig ein geringes Bruttoeinkommen erzielt. So entstehen oberhalb der 400-Euro-Schwelle sehr hohe effektive Grenzsteuersätze. Im Ergebnis stellen Minijobs eine hohe Hürde für den substanziellen (Wieder-)Einstieg ins Erwerbsleben dar. Korrekturen an der geltenden Rechtslage erscheinen aus ökonomischer Sicht deshalb sehr wünschenswert. Sie kön-

nen sowohl an den Minijob-Bestimmungen selbst wie auch an der Ehegattensbesteuerung ansetzen.

Um die Wirkungen denkbarer Modifizierungen der Minijob-Bestimmungen auf die Beschäftigung, den Staatshaushalt sowie die Einkommensverteilung quantitativ abschätzen zu können, hat das IZA unter Verwendung des institutseigenen Simulationsmodells IZAΨMOD entsprechende Simulationsrechnungen durchgeführt. Fünf Reformvarianten wurden dabei vergleichend bewertet:

1. Vollständige Abschaffung von Mini- und Midijobs, somit Einkommensteuer- und Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro („Abschaffung“)
2. Ausweitung der Mini- und Midijobgrenzen auf 600 bzw. 1.000 Euro („Ausweitung“)
3. Abschaffung der Minijobs bei gleichzeitiger Ausdehnung des Midijob-Bereiches auf 0 bis 800 Euro („Gleitzone ab 0 Euro“)
4. Ersatz der bisherigen Freigrenze von 400 Euro durch einen Freibetrag in gleicher Höhe mit Abschmelzen des Freibetrages im Intervall von 400 bis 800 Euro („Freibetrag“)
5. Einführung einer steuer- und abgabenfreien Bagatellgrenze von 200 Euro, oberhalb der die regulären Beitrags-

sätze der Sozialversicherung angewandt werden.

Die Varianten „Abschaffung“, „Gleitzone“ und „Freigrenze von 200 Euro“ verringern das Haushaltsbudget, weil ehemalige Mini-jobber nun der Einkommensteuer und Sozialversicherungspflicht unterliegen. Dies führt dazu, dass sich einige von ihnen vollständig vom Arbeitsmarkt zurückziehen, während andere ihr Arbeitsangebot ausdehnen. Die Varianten „Freibetrag“ und „Ausweitung“ entlasten ehemals steuer- und sozialversicherungspflichtige Personen und sorgen so für ein höheres verfügbares Einkommen. Auf diese Weise entstehen mehr geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. In Paarhaushalten reduziert der Hauptverdiener sein Arbeitsangebot, während der Zweitverdiener die Zahl der Arbeitsstunden erhöht oder überhaupt erst eine Beschäftigung aufnimmt.

Wirkungen kombinierter Reformvarianten auf die Beschäftigung und die öffentlichen Haushalte

Beschäftigungswirkungen in 1.000 Vollzeitäquivalente (VZÄ) bzw. Partizipation in 1.000 Personen			
	Abschaffung Splitting	Realsplitting	Grundfreibetragsplitting
Abschaffung Mini-/Midijobs	VZÄ: 49,1 Part.: 22,0	VZÄ: 36,3 Part.: 12,8	VZÄ: -7,4 Part.: -20,6
Ausweitung Mini-/Midijobs	VZÄ: 25,5 Part.: 139,0	VZÄ: 11,9 Part.: 133,2	VZÄ: 26,3 Part.: 107,1
Gleitzone ab 0 Euro	VZÄ: 25,3 Part.: 59,2	VZÄ: 25,9 Part.: 54,7	VZÄ: -20 Part.: 18,5
Freibetrag von 400 Euro	VZÄ: 23,8 Part.: 78,4	VZÄ: 24,1 Part.: 80,6	VZÄ: -20,6 Part.: 49,1
Freigrenze von 200 Euro	VZÄ: 46,7 Part.: 27,6	VZÄ: 32,3 Part.: 15,6	VZÄ: -9,1 Part.: -15,3
Wirkungen auf den Staatshaushalt in Mrd. Euro			
	Abschaffung Splitting	Realsplitting	Grundfreibetragsplitting
Abschaffung Mini-/Midijobs	24,5	9,6	16,3
Ausweitung Mini-/Midijobs	23,3	8,4	15
Gleitzone ab 0 Euro	23,1	8,5	15,1
Freibetrag von 400 Euro	23,7	8,8	15,4
Freigrenze von 200 Euro	24,5	9,7	16,4

eine Zunahme bei der Beschäftigung: Gemessen in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) ergeben sich rechnerisch 25.000 bis 26.000 zusätzliche Stellen. Beim Grundfreibetragsplitting ergibt sich ein Rückgang von 20.000 Vollzeitäquivalenten. Sämtliche Splittingreformen wirken sich positiv auf die Erwerbstätigkeit von Frauen aus. Sie führen zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Erwerbsarbeit zwischen beiden Partnern und zu einem höheren Steueraufkommen zwischen zehn und 28 Milliarden Euro. Dem stehen Mehrausgaben beim Arbeitslosengeld II und beim Kindergeld gegenüber, die zwischen einer und drei Milliarden Euro liegen. Per Saldo verbleiben damit zusätzliche Einnahmen in Höhe von neun bis 24 Milliarden Euro.

Noch vorteilhafter erscheint eine Kombination von Reformen der geringfügigen Arbeitsverhältnisse und der Ehegattenbesteuerung:

Sie behindern sich nicht gegenseitig, sondern verhalten sich komplementär zueinander, ergänzen sich also und führen auf diese Weise zu besonders günstigen Beschäftigungseffekten (siehe Tabelle). Je nach Umfang der Splittingreform würden sich Nettomehreinnahmen für die öffentliche Hand in Höhe von acht bis 24 Milliarden Euro ergeben. Diese Mittel könnten zielgerichtet für die Unterstützung von Familien verwendet werden.

Insgesamt fallen die Beschäftigungswirkungen von Reformen, die ausschließlich an den Minijobs ansetzen, gering aus. Der größte Zuwachs mit 85.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen würde sich in der Variante „Ausweitung“ ergeben. Die Variante „Freibetrag“ bewirkt einen Zuwachs von 16.000 Beschäftigten. Negative Beschäftigungswirkungen haben die Varianten „Gleitzone“, „Abschaffung“ und „Freigrenze 200 Euro“ mit einem Rückgang von 43.000 bis 90.000 Jobs. Die fiskalischen Effekte fallen ebenfalls moderat aus. Die Abschaffung von Mini- und Midijobs führt zu Mehreinnahmen in der Sozialversicherung, aber auch zu Mehrausgaben bei Sozialtransfers. Per Saldo erhöht sich das Aufkommen um eine halbe Milliarde Euro, bei der Freigrenze von 200 Euro liegt der Betrag etwas darunter. Die Variante „Gleitzone ab 0 Euro“ wirkt nahezu aufkommensneutral, während bei einer Ausweitung von Mini- und Midijobs die öffentlichen Haushalte in Höhe von einer Milliarde Euro belastet werden. Die Kosten der Variante „Freibetrag“ bewegen sich in der Größenordnung von einer Milliarde Euro.

Im Bereich der Ehegattenbesteuerung haben die Experten des IZA drei Reformoptionen simuliert:

1. Vollständige Abschaffung des Ehegattensplittings, also Übergang zur ausnahmslosen Individualbesteuerung
2. Realsplitting: Orientierung am derzeitigen Unterhaltsrecht für geschiedene oder getrennt lebende Ehegatten, Höchstgrenze für übertragbares Einkommen von 13.805 Euro
3. Grundfreibetragsplitting: Lediglich der steuerliche Grundfreibetrag von 8.004 Euro kann auf den Partner übertragen werden.

Hier ergeben sich deutlich größere Auswirkungen auf Beschäftigung und Staatsfinanzen. Beim Übergang zur Individualbesteuerung entstehen 77.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Real- und Grundfreibetragsplitting liefern ebenfalls sichtbare Effekte in Form von 76.000 bzw. 42.000 zusätzlichen Stellen. Individualbesteuerung und Realsplitting bewirken auch

- Werner Eichhorst (IZA)
- Tina Hinz (IZA)
- Paul Marx (IZA)
- Andreas Peichl (IZA)
- Nico Pestel (IZA)
- Sebastian Sieglöck (IZA)
- Eric Thode (Bertelsmann Stiftung)
- Verena Tobsch (HSU)

Geringfügige Beschäftigung: Situation und Gestaltungsoptionen
IZA Research Report Nr. 47
www.iza.org/link/report47.pdf



Verlängerung der Arbeitszeit als Antwort auf den demografischen Wandel

Die Stellschraube Arbeitszeit ist der wohl am stärksten unterschätzte Ansatzpunkt, um den absehbaren Konsequenzen der demografischen Veränderungen

zu begegnen. Dabei bietet gerade eine moderate Verlängerung der Arbeitszeit erhebliches Potenzial, um neben einer gesteuerten Zuwanderung oder einer Er-

höhung der Frauenerwerbsquote zu einer Bewältigung von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt beizutragen.

Ein aktueller „Standpunkt“ von Hilmar Schneider (IZA-Direktor Arbeitsmarktpolitik) geht am Beispiel Deutschlands der Frage nach, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit Strategien zur Ausweitung der Arbeitszeit erfolgreich sein können. Statistisch resultieren aus dem deutschen Jahresarbeitsvolumen von 58 Milliarden Stunden (2011) und einem jahresdurchschnittlichen Bestand von 41 Millionen Erwerbstätigen 30 Arbeitsstunden pro Woche im Jahr 2011.

Tatsächlich äußern viele Teilzeitbeschäftigte den Wunsch, mehr zu arbeiten. Dass sie es dennoch nicht tun, liegt weniger an fehlenden Gelegenheiten als vielmehr daran, dass es sich für sie oft nicht lohnt. Daran trägt der Gesetzgeber eine maßgebliche Mitverantwortung. Das Minijob-Privileg, die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung, das Ehegattensplitting, Hinzuverdienstregelungen bei vorgezogener Rente und die Anrechnung von Erwerbseinkommen auf den Grundsicherungsanspruch sorgen dafür, dass Teilzeitarbeit sich in vielen Fällen

besser „rechnet“ als eine Vollzeitbeschäftigung.

Wie groß der Effekt von politischen Korrekturen an dieser Stelle wäre, macht die Studie eindrucksvoll deutlich: Würden alle Erwerbstätigen im statistischen Durchschnitt Vollzeit arbeiten, was in etwa der heutigen Situation in Japan und den USA entspräche, könnte der bevorstehende dramatische Rückgang der Erwerbsbevölkerung in Deutschland mehr als ausgeglichen werden. Rein rechnerisch bedürfte es bis zum Jahr 2050 nur einer Ausweitung der Pro-Kopf-Arbeitszeit um etwa eine Stunde pro Tag bei vollem Lohnausgleich, um das Potenzial einer Arbeitszeitverlängerung unter demografischen Vorzeichen auszuschöpfen.

Die Beseitigung zu starker Teilzeitanreize wird nicht gelingen, wenn nicht zugleich in den systematischen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder und pflegebedürftige Erwachsene investiert wird. Auch müssen die Unternehmen – gefördert durch den Gesetzgeber – mehr dafür

tun, die Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter nachhaltig zu sichern.

Im Ergebnis würden viele Frauen künftig einer Vollzeitbeschäftigung anstelle eines Minijobs oder einer Teilzeittätigkeit nachgehen, ältere Arbeitnehmer würden freiwillig später in Rente gehen und erwerbsfähige Bezieher von Leistungen der Grundsicherung hätten einen größeren Anreiz als heute, ihre Existenz mit eigener Arbeit zu sichern.

Die Probleme, die der demografische Wandel heraufbeschwört, sind nicht unlösbar. Eine vorausschauende Politik sollte die Option Arbeitszeit frühzeitig mit ins Kalkül ziehen.

Hilmar Schneider

Die Beseitigung von
Arbeitszeithürden als
Beitrag zur Lösung des
Fachkräftemangels

IZA Standpunkte Nr. 50
<http://ftp.iza.org/sp50.pdf>



NEUJOBS: Interdisziplinäres Projekt zur Zukunft europäischer Arbeitsmärkte

Welche Auswirkungen hat der demografische Wandel auf den europäischen Arbeitsmarkt der Zukunft? Welche Politikmaßnahmen sollten ergriffen werden, um potenziellen Problemen entgegenzuwirken und somit eine nachhaltige Zukunft zu sichern?

Die Analyse der Effekte demografischen und sozio-ökologischen Wandels auf die verschiedenen europäischen Arbeitsmärkte sowie die Evaluation geeigneter politischer Instrumente und Maßnahmen ist der Kern des europaweiten interdisziplinären Forschungsvorhabens NEUJOBS. Das IZA fungiert seit Projektbeginn im Jahr 2011 als aktiver Partner in dem von der Europäischen Kommission unter dem 7th Framework Programme geförderten Forschungsvorhaben. Das auf eine Dauer von vier Jahren angelegte Projekt verbindet dabei die Expertise von 29 europäischen Forschungseinrichtungen auf den Gebieten der Ökonomie, Politologie, Soziologie, Demografie und Ökologie.

Als Ausgangspunkt der detaillierten Analyse zukünftiger Entwicklungen auf europäischen Arbeitsmärkten dienen dabei Prognosen, welche auf verschiedenen Szenarien gesellschaftlichen und demografischen Wandels basieren. Diesen lie-

gen verschiedene Annahmen hinsichtlich sozio-ökologischer Veränderungen, wie beispielsweise dem Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern, regionalen Agglomerationseffekten oder Veränderungen im Bildungsniveau der Bevölkerung zu Grunde. Länderspezifische Prognosen im Hinblick auf die Effekte des demografischen Wandels sowie das Ausmaß externer Migration ergänzen die Projektionen mit dem Ziel, mögliche gesellschaftliche und demografische Abbildungen der Zukunft (auch auf einzelstaatlicher und regionaler Ebene) darzustellen.

Implikationen der Entwicklung von Arbeitsangebot und -nachfrage

Diese Projektionen bilden abschließend die Basis der Evaluation möglicher Entwicklungen auf den verschiedenen europäischen Arbeitsmärkten. Wesentlicher Beitrag des IZA ist dabei die mikroökonomische Evaluation des Status Quo sowie potenzieller Entwicklungen von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage bis zum Jahr 2030 auf europäischer Ebene. Das IZA greift dabei auf die am Institut entwickelten und etablierten Techniken und Methoden zurück (siehe u.a. Andreas Peichl/Sebastian Siegl: „Accounting for Labor Demand Effects in Structural Labor Supply Models“;

Labour Economics, 2012, 19 (1), 129-138). Die Vorhersage potenzieller Entwicklungen des Arbeitsangebots bis zum Jahr 2030 basiert dabei konkret auf der so genannten „reweighting“-Methode, welche die demografischen Prognosen in das theoretische Grundmodell der Arbeitsangebotsschätzung integriert. Den vorläufigen Ergebnissen zufolge fällt der relative Rückgang des Arbeitsangebots, gemessen an der Zahl der Arbeitsstunden, etwa doppelt so groß aus wie der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Dies ist zum Teil zurückzuführen auf den gestiegenen Anteil älterer Arbeitskräfte, die im Durchschnitt weniger Stunden arbeiten, zum Teil aber auch auf fehlende Hinzuverdienstanreize für Frührentner.

Auf der Basis seiner Modelle wird das IZA im Rahmen des NEUJOBS-Projektes im nächsten Schritt die möglichen Auswirkungen des Arbeitskräfterrückgangs auf die Löhne und damit die Beschäftigung untersuchen. Die vorläufigen Resultate aller teilnehmenden Forschungsinstitute sowie weitere Informationen über das Projekt sind online verfügbar:

► www.neujobs.eu

EALE 2012: Größte europäische Tagung der Arbeitsökonomie folgte Einladung des IZA nach Bonn

Auf Initiative des IZA fand im September 2012 zum ersten Mal seit 1999 die größte europäische Fachtagung der Arbeitsökonomie (EALE) wieder in Deutschland statt.

Das IZA übernahm dabei die Rolle des Gastgebers und Mitorganizers dieser traditionsreichen Konferenz. Unter Federführung des IZA wurde ein hochaktuelles Programm erarbeitet, das alle relevanten Fragestellungen der Arbeitsmarktforschung berücksichtigte. Der Einfluss neuer Technologien auf die Arbeitsmärkte wurde ebenso beleuchtet wie der Stellenwert einer verstärkten Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren. Breiten Raum nahmen die Themen Zeitarbeit und befristete Beschäftigung ein.

Über das deutsche Jobwunder und die Rolle von Zeitarbeit und befristeter Beschäftigung als mögliche Brücken in reguläre Beschäftigung diskutierten zwei vom IZA organisierte Expertenrunden. Die vielfältigen Herausforderungen für den im Aufbruch befindlichen Arbeitsmarkt Chinas waren Gegenstand einer weiteren vom IZA konzipierten Sitzung. Darüber hinaus präsentierten auf Einladung des IZA führende Wissenschaftler neue Studien zur ökonomischen Glücksforschung.

Mit rund 450 Wissenschaftlern verzeichnete die EALE-Tagung in Bonn so viele Teilnehmer wie noch nie. Dem EALE-Programmkomitee gehörten rund 50 namhafte Ökonomen an – fast ausnahmslos sind sie zugleich auch IZA-Fellows. Die

enge Verbindung von EALE und IZA wurde auch im Rahmen der gemeinsamen Verleihung der EALE-Auszeichnungen und des IZA Prize in Labor Economics im Rahmen der Konferenz unterstrichen.



Jan van Ours (Tilburg University; Präsident EALE 2012), Klaus F. Zimmermann



Geschichtsträchtiger Tagungsort: der ehemalige Plenarsaal in Bonn



Enrico Moretti (University of California, Berkeley)



Sandra Black (University of Texas, Austin)



David Autor (MIT)



Richard Blundell (University College London)



Alexander Spermann (Randstad), Elke Jahn (IAB), Hilmar Schneider (IZA)

European Summer Symposium in Labour Economics geht ins 15. Jahr

In bewährter Kooperation mit dem Londoner Centre for Economic Policy Research (CEPR) führte das IZA vom 12.-16. September 2012 das 14. European Summer Symposium in Labour Economics (ESSLE) durch. Etwa 30 Teilnehmer, unter ihnen sowohl international bekannte Forscher als auch junge talentierte Arbeitsökonominnen, präsentierten und diskutierten ihre neuesten Forschungsergebnisse. Die Organisatoren *Giuseppe Bertola* (EDHEC Business School), *Marco Caliendo* (Universität Potsdam und IZA) und *Josef Zweimüller* (Universität Zürich und IZA) hatten aus den zahlreichen eingereichten Arbeiten ein breit gefächertes Programm mikro- und makroökonomischer Themen der Arbeitsmarktforschung zusammengestellt.

Ein wichtiges Thema der Konferenz war eine Analyse der Effekte, die von Arbeitsmarktinstitutionen ausgehen. *Oliver Charlot* (University of Cergy-Pontoise) stellte eine Studie zum Eintritt in befristete und unbefristete Beschäftigung und zur Laufzeit befristeter Anstellungen vor. Sein Modell verdeutlicht die Entscheidungssituation zwischen befristeten und unbefristeten Arbeitsverträgen und zeigt dabei, dass strenger Beschäftigungsschutz einen enormen Einfluss auf die Gesamtbeschäftigung hat. *Juan Dolado* (Carlos III University of Madrid und IZA) untersuchte die Verbindung zwischen befristeten beziehungsweise unbefristeten Arbeitsverträgen und der Produktivitätsentwicklung. Er verdeutlichte, dass der erhebliche Unterschied in den Kündigungskosten zwischen beiden Vertragsformen zu weniger Umwandlungen von befristeten in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse führt. Dies jedoch kann die Motivation der Arbeitnehmer in Hinblick auf Qualifikation und Weiterbildung reduzieren und hat somit negative Effekte auf die Produktivität. Empirisch zeigte Dolado, dass die Segmentierung der spanischen Gesetze zum Beschäftigungsschutz im Zeitraum von 1992 bis 2005 zu einer Abnahme der totalen Faktorproduktivität um 15 Prozent geführt hat.

Wohlfahrtsstaat und Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall waren das Thema

von *Lazlo Görke* (Universität Trier und IZA) und *Martin Ljunge* (University of Copenhagen). Görke untersuchte den Einfluss von Gewerkschaftsmitgliedschaft auf das Volumen krankheitsbedingter Fehlzeiten. Er zeigte anhand eines theoretischen Modells, dass Gewerkschaftsmitglieder weniger oft entlassen werden als ihre nicht organisierten Kollegen und somit stärkere Anreize haben der Arbeit fernzubleiben. Die Resultate seines Modells konnte Görke auch empirisch belegen, indem er die Effekte der deutschen Krankengeldreform von 1996 analysierte. Den Analysen zufolge fehlten Gewerkschaftsmitglieder vor der Reform öfter und länger, reduzierten aber mit den Krankengeldkürzungen im Zuge der Reform die Dauer ihrer krankheitsbedingten Fehlzeiten. Ljunge ging der Frage nach, ob Sozialversicherungsprogramme langfristige Verhaltenswirkungen haben, indem er die Inanspruchnahme von Lohnfortzahlungen bei Krankheit im Zuge einer schwedischen Wohlfahrtsreform untersuchte. Seine Analyse verdeutlichte, dass die Transfer-

sich im Westen kaum veränderte, sank die Lohnmobilität im Osten allerdings signifikant und lag Ende der 1990er Jahre sogar unter dem Niveau des Westens. Zu einem großen Anteil lässt sich dies durch die höhere regionale Arbeitslosigkeit im Osten erklären. Liu untersuchte, wie US-amerikanische Beschäftigte auf Lohnrisiken reagieren. Seine Ergebnisse deuten an, dass Beschäftigungsmobilität, also die Bereitschaft zum Wechsel des Arbeitgebers, ein wichtiger Kanal für Angestellte ist, die sich mit Lohnschocks konfrontiert sehen.

Philippe Bracke (London School of Economics) untersuchte anhand britischer Daten die negative Verbindung zwischen Hauseigentum und Unternehmertum: Die Wahrscheinlichkeit unternehmerischer Aktivität nimmt der Studie gemäß im Falle von Immobilienbesitz um rund 25 Prozent ab. Dieser Effekt ist auf Risikoüberlegungen zurückzuführen, die aus den Zahlungsverpflichtungen einer Hypothek resultieren und ein weiteres – unternehmerisches –



inanspruchnahme wesentlich durch das Verhalten nur wenig älterer Vorbilder im Kollegen- und Freundeskreis beeinflusst wird – ein Hinweis auf die große Bedeutung von Peergroup-Effekten bei der Analyse von ökonomischen Verhaltensweisen auf der Ebene des Individuums.

Regina Riphahn (Universität Erlangen-Nürnberg und IZA) und *Kai Liu* (Norwegian School of Economics) betrachteten Aspekte der Lohn- und Beschäftigungsmobilität. Riphahn nutzte den Sample of Integrated Labour Market Biographies, einen 2%-Zufallsquerschnitt aus Daten zur deutschen Arbeitslosenversicherung, und dokumentierte so die Entwicklung der Lohnmobilität im westlichen (östlichen) Teil der Bundesrepublik in den Jahren von 1975 (1992) bis 2008. Ihre empirische Analyse zeigte, dass Anfang der 1990er Jahre die Lohnmobilität im Osten deutlich höher war. Während sie

Risiko als nicht sinnvoll erscheinen lassen. *Corrado Giulietti* (IZA) präsentierte eine Studie zum Einfluss von Zuwanderung auf das Wohlbefinden der Einheimischen in Deutschland. Seine Analyse lieferte stabile Hinweise darauf, dass mehr Immigration in lokale Arbeitsmärkte das Wohlbefinden der Einheimischen positiv beeinflusst. Die Steigerung der empfundenen Lebensqualität geht dabei weniger stark auf Arbeitsmarktgesichtspunkte als auf erweiterte „ethnische“ Konsummöglichkeiten zurück. *Bas ter Weel* (CPB Netherlands und IZA) untersuchte den Effekt von in der Kindheit gemessenem Pflichtbewusstsein und Selbstvertrauen auf das spätere Erwachsenenleben und folgerte, dass diese frühzeitig ausgeprägten Eigenschaften den sozioökonomischen Erfolg im weiteren Lebensverlauf in vieler Hinsicht vorherbestimmen.

► www.iza.org/link/ESSLE_2012

Leistungsschau der Evaluationsforschung: Vierte IZA/IFAU-Konferenz zur Erfolgsbewertung von Arbeitsmarktpolitik

Eine sorgfältige, unabhängige wissenschaftliche Evaluation von politischen Maßnahmen und Programmen ist für die Vorbereitung von Politikentscheidungen von großem Wert, zumal in Zeiten geringer Finanzierungsspielräume. Die Arbeitsökonomie verfeinert kontinuierlich ihr ökonomisches Instrumentarium, erstreckt ihre Analysen auf immer mehr Themengebiete und sorgt für eine verbesserte Datengrundlage für die Forschung (siehe Kasten Seite 11 ▶).

Eindrucksvoll unterstrichen wurde die Leistungsfähigkeit dieses Teilgebiets der Arbeitsmarktforschung im Rahmen der vierten Fachkonferenz zur Evaluation von Arbeitsmarktpolitiken, die das IZA im Oktober 2012 gemeinsam mit dem schwedischen Institute for Evaluation of Labour Market and Education Policy (IFAU) in Bonn ausrichtete. Das Themenspektrum

chendes Pilotprojekt (ERA – Employment Retention and Advancement Program) richtete sich an 16.000 Bezieher von Sozialleistungen und wurde als Feldversuch mit freiwilligen Teilnehmern durchgeführt. Einer zufällig ausgewählten Gruppe wurden verschiedene unterstützende und anreizbildende Maßnahmen angeboten, etwa in Form von Zusatzberatung, monetären Prämien sowie Subventionen von Weiterbildungsmaßnahmen. Die angebotenen Unterstützungen zielten insbesondere darauf ab, (ehemaligen) Transferempfängern zu helfen, gerade eingegangene Beschäftigungsverhältnisse langfristig zu erhalten. Dieses Ziel konnte jedoch in der Praxis meist nur kurzfristig erreicht werden. Wie Evaluationsstudien zeigen, verflüchtigte sich nach Ablauf des Unterstützungszeitraums von drei Jahren der positive Einfluss auf die Beschäftigungsstabilität. Dies steht in einem auffallenden Gegensatz zur Er-

pengenauerer Zuschnitt der Teilnehmergruppen zu einem besseren Resultat des ERA-Programms führen können. *Mathieu Chemin* (McGill University) analysierte die französischen Wohlfahrtreformen des Jahres 1989. Er zeigte auf, wie der Anstieg der Großzügigkeit staatlicher Transferleistungen zu niedrigeren Beschäftigungsquoten und längeren Zeiten der Arbeitslosigkeit führte. Darauf basierend stellte Chemin auch den jüngeren Reformen in Frankreich (2007) ein schlechtes Zeugnis aus und skizzierte, wie die dabei erneut eingetretenen negativen Arbeitsmarkeffekte hätten eingeschränkt werden können.

Wie groß ist der Ertrag aus Hochschulbildung, und in welchem Maß kann dieser potenzielle Zugewinn die individuelle Neigung zur Aufnahme eines Studiums erhöhen? *Bas van der Klaauw* (VU University Amsterdam und IZA) widmete sich dieser Fragestellung anhand von Daten zum Mehrwert des Besuchs einer medizinischen Hochschule in den Niederlanden. Die Aufnahme an diesen Schulen wird eingeschränkt und durch eine Lotterie reguliert, hängt jedoch auch von Schulnoten ab. Van der Klaauw und seine Koautoren ermittelten anhand dieses Mechanismus das zusätzliche Einkommenspotenzial, das sich aus dem Besuch der Schule ergibt. Demnach verdienen als Arzt praktizierende Schulabsolventen mindestens 20 Prozent mehr als diejenigen, die „nur“ den nächstbesten Beruf im Fach ergriffen. Der Mehrertrag wurde langfristig – zwanzig Jahre nach Teilnahme an der Schullotterie – sogar noch größer. *Sergio Urzua* (University of Maryland und IZA) untersuchte das Hochschulsystem Chiles. Das Land führte 2006 die breitangelegte Möglichkeit eines staatlich garantierten Kredits ein, um die Teilnahme an höherer Bildung zu fördern. Die Untersuchung zeigte, dass bei Personen, die von dieser Art Kredit profitierten, deutlich niedrigere Abbruchraten zu verzeichnen waren. Der positive Effekt der Kreditvergabe war besonders deutlich für Familien mit geringen Einkommen. Jedoch lag der Durchschnittsverdienst derer, die am Kreditprogramm teilnahmen, unter dem der Nichtteilnehmer.



reichte von der Analyse von Politikmaßnahmen in Hochschulbildung und Sozialstaatsreformen über den Einfluss von Arbeitsmarktprogrammen auf den betrieblichen Erfolg bis hin zur Evaluation von Programmen für ältere Arbeitslose. Das große Teilnahmeinteresse – nur etwa 15 Prozent der eingereichten Bewerbungen konnten angenommen werden – dokumentiert den inzwischen erreichten Stellenwert der Evaluationsforschung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften. Zu den Organisatoren der Tagung gehörten *Patrick Arni* (IZA), *Marco Caliendo* (Universität Potsdam und IZA), *Per Johansson* (IFAU und IZA), *Erik Mellander* (IFAU), *Gerard J. van den Berg* (Universität Mannheim, IFAU und IZA) und *Johan Vikström* (IFAU).

Vor allem in Großbritannien stehen Wohlfahrtsreformen ganz oben auf der Agenda der Politik. Der Fokus liegt hier darauf, Bezieher von Sozialleistungen stärker zu unterstützen und zu aktivieren. Ein entspre-

chendes Pilotprojekt (ERA – Employment Retention and Advancement Program) richtete sich an 16.000 Bezieher von Sozialleistungen und wurde als Feldversuch mit freiwilligen Teilnehmern durchgeführt. Einer zufällig ausgewählten Gruppe wurden verschiedene unterstützende und anreizbildende Maßnahmen angeboten, etwa in Form von Zusatzberatung, monetären Prämien sowie Subventionen von Weiterbildungsmaßnahmen. Die angebotenen Unterstützungen zielten insbesondere darauf ab, (ehemaligen) Transferempfängern zu helfen, gerade eingegangene Beschäftigungsverhältnisse langfristig zu erhalten. Dieses Ziel konnte jedoch in der Praxis meist nur kurzfristig erreicht werden. Wie Evaluationsstudien zeigen, verflüchtigte sich nach Ablauf des Unterstützungszeitraums von drei Jahren der positive Einfluss auf die Beschäftigungsstabilität. Dies steht in einem auffallenden Gegensatz zur Er-

Die Präsentation von *Barbara Sianesi* (IFS, London) griff dieses Thema noch einmal auf und zeigte, dass die Teilnehmergruppe in der Tat selektiv und nicht repräsentativ für den Bevölkerungsteil war, der im Fall einer allgemeinen Einführung für ERA in Frage gekommen wäre. Auch in Großbritannien hätte demnach ein sorgfältigerer, zielgrup-

Zu Fragen der Evaluationsmethodik steuerten *Johan Vikström* und *Martin Huber* (University of St. Gallen) aufschlussreiche Beiträge bei. Vikström stellte Methoden zur Evaluation von Programmen vor, bei deren Durchführung unterschiedliche Phasen zu unterschiedlichen Zeitpunkten begannen und endeten. Zu dieser Situation kann es bei-

spielsweise bei Aus- und Weiterbildungsprogrammen für Nichtbeschäftigte kommen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten während einer Arbeitslosigkeitsphase stattfinden. Ein weiteres Beispiel sind medizinische Behandlungen, die nur nach einer Wartephase stattfinden. Vikström präsentierte eine neue statistische Methode für solche Situationen. Huber legte den Fokus seiner Arbeit auf die Tatsache, dass es bei einer Politikmaßnahme unterschiedliche Ergebnisstufen geben kann. So kann eine Maßnahme beispielsweise zunächst Motivation und Anstrengungsniveau des Individuums beeinflussen und im weiteren Schritt den jeweiligen Arbeitsmarkterfolg. Die Effekte der Maßnahmen, die indirekt über derartige Zwischenstufen wirken, von direkten Einflüssen auf Endergebnisse zu trennen, ist eine methodische Herausforderung. Huber stellte eine neu entwickelte Methode vor, mit deren Hilfe sich die Effekte nachvollziehen lassen.

Zwei französische Forscher widmeten sich im Anschluss wieder der praktischen Anwendung der Evaluationsforschung. Sie gaben dabei einen interessanten Einblick in aktuelle Evaluationsprojekte zur Beschäftigungssuche in Frankreich. *Luc Behaghel* (Paris School of Economics und IZA) berichtete von einem Feldversuch im Rahmen des französischen Arbeitslosenversicherungssystems. In diesem Pilotprojekt wurde zufällig ausgewählt, ob den Arbeitssuchenden Beratungen eines staatlichen oder privaten Dienstleisters zu Teil wurden. Bemerkenswerterweise lag die Erfolgsrate – das Finden einer Beschäftigung – im Fall der staatlichen Dienstleistung deutlich höher. Anscheinend hatten die privaten Anbieter keinen ausreichenden Anreiz, Anstrengungen in die Verbesserung der Situation von Jobsuchenden zu investieren. Stattdessen „parkten“ sie die Betroffenen wesentlich häufiger im Arbeitslosensystem. *Thomas Le Barbanchon* (CREST) berichtete von einem weiteren Feldversuch, bei dem potenzielle Diskriminierung im Bewerbungsprozess untersucht wurde. Führen anonymisierte Lebensläufe – ohne soziodemografische Informationen, insbesondere Geschlecht und ethnische Herkunft – zu veränderten Einstellungsentscheidungen? Die Forscher fanden heraus, dass im Rahmen eines anonymisierten Ablaufs mehr Frauen zu Vorstellungsgesprächen eingeladen wurden. Überraschenderweise verhielt es sich umgekehrt im Falle von Personen mit Migrationshintergrund oder Bewerbern aus sozial schwachen Wohngebieten. Zusätzliche Untersuchungen werden derzeit durchgeführt, um herauszufinden, warum Anonymisierung für diese Gruppen offenbar negativ ausfällt.

Conny Wunsch (VU University Amsterdam und IZA) ging der Frage nach, ob Unternehmen von aktiver Arbeitsmarktpolitik profitieren. Anhand eines sehr ausführlichen Datensatzes zu Arbeitslosen und Unternehmen in Deutschland stellte sie keinerlei positive Effekte auf Betriebsergebnisse fest. Aus diesem Grund könne die deutsche Arbeitslosenversicherung nicht mit wissenschaftlicher Evidenz belegen, dass ihre Arbeitsmarktmaßnahmen einen direkten Gewinn für die Arbeitgeber darstellen, die Arbeitslose einstellen.

Ein positiveres Ergebnis zu Sozialversicherungseffekten präsentierte *Ulrika Vikman* (IFAU) für ältere Langzeitarbeitslose in Schweden. Eine Reform reduzierte die Bezugsdauer von Arbeitslosenversicherungsleistungen für diese Gruppe von 90 auf 60 Wochen. Falls sie die Leistungen über diesen Zeitraum erhalten wollen, sind sie zu einer Gegenleistung in Form von Arbeit nach dem Workfare-Prinzip von Leistung und Gegenleistung verpflichtet. Die Auswertung zeigte, dass der Erfolg bei der Beschäftigungssuche dank zweier Anreize zunahm: aufgrund der verkürzten Leistungsdauer einerseits und der Abschreckungsfunktion der Verpflichtung zur Gegenleistung andererseits.

Die Arbeitslosen versuchten dieser Arbeitspflicht zu entgehen und investierten deshalb mehr Anstrengungen in die individuelle Beschäftigungssuche. Dieser Effekt wurde in mehreren europäischen Ländern beobachtet.

Der Einfluss eines entgegengesetzten Politikwechsels wurde von *Stefan Staubli* (RAND und IZA) untersucht. Im Jahr 1988 verlängerte die österreichische Arbeitslosenversicherung die Bezugsdauer ihrer Leistungen in einigen strukturell benachteiligten Regionen deutlich von 20 auf 209(!) Wochen. Des Weiteren wurde der Gruppe der über 55-Jährigen in diesem Zeitraum ein leichter Zugang zu Leistungen der Erwerbsunfähigkeitsversicherung ermöglicht. Als Folge dessen gingen mehr ältere Arbeitslose in den Frühruhestand, indem sie zunächst die längere Bezugsdauer der Arbeitslosenversicherung und im Anschluss den erleichterten Zugang in die Erwerbsunfähigkeitsversicherung in Anspruch nahmen. Auf diese Weise überbrückten sie die zeitliche Lücke bis zum regulären Renteneintritt.

► www.iza.org/link/Eval2012

Europa und IZA bei der Entwicklung und Bereitstellung administrativer Daten für die Forschung führend



Im Rahmen der 4. IZA/IFAU-Konferenz zur Evaluation arbeitsmarktpolitischer Programme referierte IZA-Fellow *Raj Chetty* (Harvard University) zur Bedeutung eines besseren Zugangs der Evaluationsforschung zu administrativen Daten. Chetty, der 2010 den IZA Young Labor Economist Award gewann, erläuterte den besonderen Charakter dieser Daten, die innerhalb eines administrativen Prozesses gesammelt werden, ohne dass die Individuen eigens befragt werden müssen. Aufgrund der besonders langen Beobachtungszeiträume, der gleichbleibend hohen Datenqualität und der großen Stichprobengrößen ist die Evaluationsforschung stark auf diese Daten angewiesen, um Erfolg oder Misserfolg politischer Maßnahmen zuverlässig analysieren zu können.

In der Fachliteratur lässt sich nach den Analysen Chettys ein klarer Trend ausmachen: Seit 1980 ist ein starker Rückgang der Anzahl von Studien in erstklassigen Journals zu verzeichnen, die sich auf verfügbare Umfragedaten beziehen. Im gleichen Zeitraum hat die Zahl von Veröffentlichungen unter Verwendung administrativer Datensätze stark zugenommen. Chetty betonte die führende Rolle Europas bei der Bereitstellung solcher Daten und würdigte in diesem Zusammenhang auch die Rolle des IZA bei der weiteren Verbesserung der Dateninfrastruktur für die unabhängige Forschung.

Ausgehend von einem bereits im Gründungsjahr des IZA durch *Klaus F. Zimmermann* mit initiierten Vorstoß zur Erleichterung des Datenzugriffs seitens der Wissenschaft (siehe IZA Discussion Paper No. 14) und dank der Beharrlichkeit des IZA hat sich vor allem in Deutschland seitdem viel Positives bewegen lassen. Heute gehört der deutsche Bestand an administrativen Daten zu den ausführlichsten und am besten dokumentierten in ganz Europa. Mit seinem Internationalen Datenservicezentrum (IDSC) zählt das IZA zu den treibenden Kräften eines kontinuierlichen weiteren Ausbaus der Datenbasis für die Wissenschaft.

IZA/CEUR-Workshop zu EU-Erweiterung und Arbeitsmärkten: Migration als Anpassungsmechanismus

Welche Rolle spielt die im Zuge der EU-Erweiterungen neugewonnene Mobilität für die Fähigkeit der Europäischen Union, asymmetrische Konjunkturschocks in der aktuellen Wirtschaftskrise aufzufangen? Hat Migration zur Nachhaltigkeit der Eurozone beigetragen, und hat sie das europäische Wohlfahrtssystem beeinflusst? Kann so genannte „brain circulation“ als ein Motor für verbesserte Allokationseffizienz auf den Arbeitsmärkten dienen? Dies sind einige der Schlüsselfragen, die das IZA zurzeit im Rahmen seiner Analysen zu den langfristigen Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die europäischen Arbeitsmärkte untersucht.

Stellenwert von weiteren Forschungsarbeiten zur europäischen Binnenmigration für die Gestaltung einer gemeinsamen Zuwanderungspolitik und zur Weiterentwicklung des europäischen Arbeitsmarktes. Klaus F. Zimmermann fasste den aktuellen Stand der Migrationsforschung im europäischen Kontext zusammen und wies auf offene Fragen im Zusammenhang mit europäischer Migrationstrends hin. Gerade die aktuelle Wirtschaftskrise erlaubt in Kombination mit der Auswertung der Migrationsfolgen der EU-Erweiterungen von 2004 und 2007 wertvolle Einsichten in die Beweggründe für Migration, zirkuläre Wanderung und Rückkehrmigration.

Migranten steuerten *Stephen Drinkwater* (Swansea University und IZA) zu Großbritannien, *Adele Bergin* (ESRI) zu Irland, *Eskil Wadensjö* (Stockholm University und IZA) zu Schweden, *Benjamin Elsner* (IZA) zu Deutschland und *Núria Rodríguez-Planas* (IZA, IAE-CSIC und UPF) zu Spanien bei. Übereinstimmend stellten alle Experten fest, dass die zusätzliche Migration nach den Erweiterungen der EU nicht zu signifikanten Verdrängungen oder Wohlfahrtsausbeutungen in den Zielländern geführt habe. Vielmehr hat sie in den dortigen Arbeitsmärkten einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, Fachkräftemangel und „Mismatch“ zu reduzieren. Im Verlauf der jüngsten ökonomischen Krise ist eine signifikante Arbeitsmigration von mehr zu weniger betroffenen Ländern zu verzeichnen – auch dies unterstreicht die wichtige Funktion von Migration als Anpassungsmechanismus.

Die Auswirkungen der Migration auf die Herkunftsländer wurden in den Präsentationen von

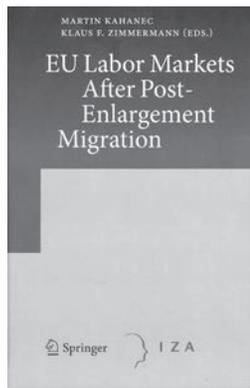
Die Auswirkungen der Migration auf die Herkunftsländer wurden in den Präsentationen von



Martin Kahanec, Tatiana Fic

Anzelika Zaiceva, Katalin Farkas

Seit dem Jahr 2006 ist das IZA auf diesem Forschungsgebiet besonders aktiv tätig. Zwischenzeitlich wurden wichtige Erkenntnisse auch in Buchform veröffentlicht. Der von *Martin Kahanec* (IZA und Central European University) und *Klaus F. Zimmermann* (IZA-Direktor) herausgegebene Band „EU Labor Markets after Post-Enlargement Migration“ wurde erst kürzlich von der Princeton University als eines der „beachtenswertesten Bücher zum Themengebiet der Arbeitsmarktforschung“ des Jahres 2010 bezeichnet. Das Buch versammelt auf breiter Basis den Forschungsstand zu den Migrationstrends infolge der EU-Erweiterungen.



Martin Kahanec, stellvertretender Programmdirektor des IZA-Programmbereichs Migration, hob die Wichtigkeit von Migration für die Anpassungen europäischer Arbeitsmärkte an asymmetrische Schocks während der aktuellen Krise hervor. Er betonte die Bedeutung solcher Anpassungen für die Europäische Union und besonders für die nachhaltige Stabilität der Eurozone. Die Migrationsfolgen nach den EU-Erweiterungsrunden dürften nicht allein von der Warte der Zuwanderungs(begrenzungs-)politik betrachtet werden; vielmehr trage die zusätzliche Migration erheblich zu einer besseren länderübergreifenden Allokation von Humankapital bei.

Pawel Kaczmarczyk (Warsaw University, IZA und CELSI) zu Polen, *Lucia Kureková* (Central European University, SGI und CELSI) zur Slowakei, *Mihails Hazans* (University of Latvia, IZA und CELSI) zu Lettland und den baltischen Staaten, *Monica Roman* (Bucharest Academy of Economic Studies) und *Daniela Andrén* (Örebro University und CELSI) zu Rumänien sowie *Ágnes Hárs* (Kopint-Tárki und CELSI) zu Ungarn behandelt. Wiederum fand hier die Rolle von Migration als Instrument des Ausgleichs von ökonomischen Ungleichgewichten Bestätigung: Während diese Anpassungen auf kurze Sicht Arbeitslosigkeit in den Herkunftsländern der Migranten verringerten und Druck von den Sozialversicherungssystemen nahmen, hängen die langfristigen wirtschaftlichen Perspektiven dieser Länder auch davon ab, inwieweit Rückkehrmigration und zirkuläre Wanderungen dem inzwischen steigenden Fachkräftebedarf auch in den neuen EU-Staaten gerecht werden. Gerade dieses Thema wird auch in den künftigen Forschungsarbeiten des IZA intensiv analysiert werden.

Aufbauend auf diesen Experten setzt das IZA mit seinen Partnern die Analysen weiter fort. Seit 2011 unterstützt das Center for European Union Research (CEUR) das IZA bei der Organisation seiner Workshop-Reihe. Gastgeber des fünften Workshops war die Central European University (CEU) in Budapest. Zu Beginn der Veranstaltung bekräftigte die administrative Leiterin und Prorektorin der CEU, *Katalin Farkas*, den

Vorträge von *Tatiana Fic* (NIESR) zu Umverteilungseffekten durch Migration im Zuge der EU-Erweiterungen und von *Anzelika Zaiceva* (University of Modena and Reggio Emilia und IZA) zu Rückmigration während der Krise lieferten Einblicke in die positiven Auswirkungen von Migration für die Herkunftsländer und Zielländer. Länderstudien zu den Arbeitsmarkteffekten in den Zielländern der

Weitere Informationen zum Programm sind online verfügbar unter:

► www.iza.org/link/CEU2012

IZA/HSE Workshop in Moskau zu Arbeitsmarktregulierungen in den GUS-Staaten, Zentralasien und China



Sergey Roshchin

Die Arbeitsmärkte in den post-kommunistischen Volkswirtschaften Russlands, anderer Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Chinas stehen vor großen Anpassungsaufgaben, die aufgrund der jüngsten weltweiten Wirtschaftskrise an Bedeutung nochmals gewonnen haben. Der IZA-Forschungsschwerpunkt zu „Arbeitsmärkten in Transformations- und Schwellenländern“ analysiert diese Entwicklungen. Gemeinsam mit dem Centre for Labour Market Studies (CLMS) der Moskauer Higher School of Economics (HSE) führte das IZA am 5. und 6. Oktober 2012 in der russischen Hauptstadt einen Experten-Workshop zur Bewertung der laufenden Anpassungsprozesse durch.

Zum Auftakt der von IZA-Fellow *Vladimir Gimpelson* (CLMS) mit organisierten Veranstaltung hob HSE-Prorektor *Sergey Roshchin* ebenso wie IZA-Programmdirektor *Hartmut Lehmann* (University of Bologna) hervor, wie ergiebig die durch das Engagement des IZA erreichte, intensivere Kooperation von Forschern aus Russland, Zentralasien, China, Westeuropa und Nordamerika auf diesem Themengebiet sei.

Der Workshop behandelte zunächst die demografische Krise Russlands, insbesondere die sinkende Geburtenrate und das im Jahr 2007 durch das russische Parlament eingeführte „Mutterschafts-Kapital“, mit dem die Geburtenhäufigkeit durch zweckgebundene Einmalzahlungen pro weiterem Kind gesteigert werden soll. *Fabian Slonimczyk* (Higher School of Economics) wertete neueste Daten des Russian Longitudinal Monitoring Survey aus und fand nur sehr begrenzt Hinweise dafür, dass das MK-Programm die Geburtenraten tatsächlich erhöht hat. Zwar zeigen die ökonomischen Anreize durchaus Wirkung, die insgesamt allerdings zu restriktiven Bedingungen des Programms machen dieses langfristig jedoch ineffektiv.

Maria Giulia Silvagni (University of Bologna) untersuchte anhand der ersten Welle



Vladimir Gimpelson

(2004) des Russian Generations and Gender Survey die Schwangerschaftsabsichten russischer Familien. Ihre Ergebnisse zeigen, dass Mütter stärker die negativen Konsequenzen einer zweiten Schwangerschaft im Hinblick auf Haushaltseinkommen und Erwerbsstatus bedenken als Väter und vom Kinderwunsch deshalb eher Abstand nehmen. Aus politischer Perspektive machen diese Untersuchungen deutlich, dass Russland noch keinen erfolgversprechenden Weg gefunden hat, um dem aktuellen Trend zur Ein-Kind-Familie entgegenzuwirken.

Russland ist eines der Hauptaufnahmeländer von Zuwanderern aus Zentralasien und sieht sich somit vor erhebliche soziökonomische Integrationsaufgaben gestellt. Der Workshop erörterte diese Aspekte am Beispiel zweier Studien zur Situation tadschikischer Migranten in Russland und den Effekten von Transferzahlungen kirgisischer Migranten in ihr Herkunftsland. Die von *Eugenia Chernina* (Higher School of Economics) vorgestellte Untersuchung vereinte Daten des World Bank Tajik Living Standards Survey und des Russian Longitudinal Monitoring Survey aus den Jahren 2007 und 2009. Demnach sind die Migranten im Durchschnitt jünger und zu einem höheren Prozentsatz männlichen Geschlechts als die einheimische Bevölkerung Russlands. Dennoch besteht eine erhebliche und offenbar wachsende Lohnkluft zwischen Migranten und Nichtmigranten: Sie stieg zwischen 2007 und 2009 von acht auf 15 Prozent – ein deutlicher Hinweis auf bestehende Diskriminierungsmechanismen.

Bakhrom Mirkasimov (DIW Berlin) analysierte unter anderem, ob Migration und Rücküberweisungen den Grad informeller Transfers innerhalb sozialer Netze stärken oder schwächen. Kirgisistan ist für eine solche Analyse besonders geeignet, da dort eine hohe Arbeitsmigration nach Russland zu verzeichnen ist, umfangreiche Rücküberweisungen stattfinden und eine



Hartmut Lehmann

ausgeprägte Kultur der gegenseitigen Hilfe innerhalb sozialer Netze anzutreffen ist. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass Haushalte mit in Russland arbeitenden Angehörigen insgesamt mehr finanzielle Transfers in der sozialen Gruppe durchführen als Nichtmigrantenhaushalte, vor allem in ländlichen Gebieten. Festzustellen ist bei Migrantenhaushalten auch ein Anstieg familiärer Hilfeleistungen, etwa bei der Betreuung von Kindern und Alten. Dies lässt sich wohl primär durch den Einkommenseffekt der Rücküberweisungen erklären, der im Einzelfall zu einer Verringerung der Frauenerwerbstätigkeit führt.

Rentenreformen sind eine der dringenden Aufgaben für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. *Anton Nivorozhkin* (IAB, Nürnberg) betrachtete das Erwerbs- und Konsumverhalten russischer Rentner. Ein hoher Anteil von ihnen geht auch nach Eintritt in den „offiziellen“ Ruhestand weiter einer Erwerbstätigkeit nach und nimmt auf diese Weise auch deutlich stärker am Konsum teil als tatsächliche Ruhestandler. Als Politikempfehlung lässt sich aus diesen Befunden ableiten, den Übergang in den Ruhestand künftig flexibler zu gestalten. Gleichzeitig sollte das Rentenniveau derer angehoben werden, die nach Erreichen des Mindestrentenalters von 60 Jahren (für Männer) nicht länger in der Lage sind zu arbeiten, um Altersarmut zu vermeiden.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels in Russland auf die künftige Sozialpolitik war Hauptgegenstand der „Policy Lecture“ von *Michał Rutkowski* (Country Director der Weltbank für Russland). In den nächsten Jahrzehnten wird es in Russland einen starken Rückgang der Erwerbsbevölkerung im Vergleich zur zusammengefassten Gruppe der Kinder und Alten geben. Der damit einhergehende starke Anstieg der Abhängigkeitsraten und der Rückgang des Arbeitskräftepotenzials erfordern substantielle Reformbemühungen in Hinblick auf Bildung, Rente und Gesundheitspolitik. Die Partizipationsraten sind allerdings in Russ-

land im internationalen Vergleich bereits relativ hoch und können nur schwer weiter gesteigert werden. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters ist politisch derzeit kaum durchsetzbar, und auch eine deutlich verstärkte Einwanderung erscheint angesichts des schon heute vergleichsweise hohen Bevölkerungsanteils von Migranten weder opportun noch überhaupt erreichbar. Vor diesem Hintergrund, so die Einschätzung von Rutkowski, sind Strategien zur Aufwertung des russischen Humankapitals durch umfangreiche Bildungsreformen für Russland am erfolgversprechendsten.

Informelle und unsichere Beschäftigung ist in der Region weit verbreitet. *John Bennett* (Brunel University und IZA) entwickelte einen theoretischen Rahmen zur Untersuchung der Entscheidung eines Arbeitnehmers, seine reguläre Anstellung in einem schrumpfenden Sektor zu kündigen und stattdessen in den informellen Arbeitsmarkt zu wechseln. Anhand seines Modells lässt sich überprüfen, ob Individuen es für riskanter erachten, ihr reguläres Beschäftigungsverhältnis aufrecht zu erhalten oder aber zugunsten informeller Arbeit aufzugeben.

Eine Studie zu unsicheren Beschäftigungsverhältnissen von *Andreas Woergetter* (OECD) untersuchte die Praxis befristeter Arbeitsverträge und Zeitarbeit in Russland kurz nach den Krisenjahren 2009 und 2010 anhand einer Unternehmensbefragung. Die empirischen Ergebnisse belegen, dass der Einsatz nicht standardisierter Arbeitsverträge nicht vom Wirtschaftssektor, der Firmengröße oder den Qualifikationsanforderungen abhängig ist. Die Analysen dokumentieren außerdem die Komplementarität der beiden Vertragstypen – der Einsatz befristeter Arbeitsverträge macht

zugleich auch das Auftreten von Zeitarbeit wahrscheinlicher. Nicht standardisierte Arbeitsverträge tragen in Russland zur zunehmenden Einkommenspolarisierung bei; sie sorgen aber ebenso für eine Verminderung des Risikos der Arbeitslosigkeit in Krisenzeiten.

Welchen Einfluss haben die staatlichen Mindestlöhne in Russland auf Arbeitsmarktanpassungen und Lohnverteilung? *Alexander Muravyev* (St. Petersburg University, GSOM und IZA) präsentierte zu dieser Fragestellung eine aktuelle Untersuchung. Dabei zeigte sich zunächst kein statistisch oder ökonomisch signifikanter Effekt des Mindestlohns auf nicht beschäftigte und arbeitslose Arbeitskräfte. Wohl aber gibt es einen gegenläufigen Mindestlohneffekt bei jungen Arbeitnehmern, vor allem in Form höherer Arbeitslosigkeit in der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen. Insbesondere stellte Muravyev fest, dass Mindestlohnerhöhungen tendenziell mit einer Erhöhung des Anteils der Arbeitskräfte im informellen Sektor einhergehen.

Eine von *Anna Lukiyanova* (Higher School of Economics) vorgestellte Studie nutzte regionale Unterschiede im relativen Niveau des staatlichen Mindestlohns, um den Einfluss der faktischen Verdreifachung des realen Mindestlohns auf die russische Lohnverteilung zwischen 2005 und 2009 zu bestimmen. Den Analysen zufolge hat der Mindestlohn zu einer deutlichen Abnahme von Einkommensungleichheiten am unteren Ende des Lohnspektrums geführt und einer Benachteiligung von Frauen entgegen gewirkt.

Zum Abschluss des Workshops erörterte *Francesco Pastore* (Second University of Naples und IZA) die generationenübergreifen-

de „Vererbung“ von Armut in der Mongolei und das spezifische Armutsrisiko von Jugendlichen. Die Studie basiert auf einer repräsentativen Umfrage in der Übergangsphase zwischen Schule und Erwerbstätigkeit und gelangt zu eindeutigen Aussagen: Junge Menschen, die in einem Haushalt aufgewachsen sind, der – bei ansonsten gleichen Rahmenbedingungen – von nur einem Dollar pro Tag leben muss, stehen vor einem vierfach erhöhten Risiko, die Schule abzubrechen, bleiben im weiteren Verlauf mit 2,5facher Wahrscheinlichkeit bildungsfern und leben 20mal häufiger als „arbeitende Arme“ im Vergleich zu Gleichaltrigen aus Familien mit einem Tagesbudget von drei Dollar. Angesichts dieser offenkundigen Vererbbarkeit von Armut in der Mongolei, einem der 50 ärmsten Länder der Welt, erscheinen frühzeitige Interventionen im Bildungssystem vordringlich.

Zhong Zhao (Renmin University of China und IZA) beleuchtete das Schicksal von chinesischen Wanderarbeitern im Zeitraum der Finanzkrise des Jahres 2008. Für den chinesischen Arbeitsmarkt sind Binnenmigrationen von Arbeitskräften eine große Herausforderung. Zhaos noch in Arbeit befindliche Studie geht der Frage nach, welcher „Typ“ von Migranten und Migrationshaushalten derartige Krisen aushält und am ehesten auf dem städtischen Arbeitsmarkt präsent bleibt und in welchem Ausmaß individuelle Eigenschaften, Haushaltsstrukturen, Spar- und Risikoverhalten und soziale Vernetzung zu dieser Entscheidung beitragen.

Alle im Rahmen des Workshops präsentierten Arbeiten sind über die IZA-Homepage erhältlich:

► www.iza.org/link/moscow2012

Verstärkung für das IZA-Wissenschaftlerteam

Drei neue Wissenschaftler haben in diesem Herbst ihre Arbeit am IZA in Bonn aufgenommen: *Karina Doorley* erwarb 2012 ihren Ph.D. in Wirtschaftswissenschaften am University College Dublin. Ihr Studium absolvierte sie dort und an der Cambridge University. In ihrer Dissertation beschäftigte sie sich mit den Auswirkungen von Finanz- und Sozialpolitik auf das Arbeitsangebot in Europa. Ihre Forschungsschwerpunkte kreisen derzeit um Fragen der Politikevaluation, Diskriminierung und Wohlfahrtsverteilung. Auch *Benjamin Elsner* erwarb seinen Ph.D.-Abschluss in diesem Jahr in Irland am Trinity College Dublin. Als Diplom-Volkswirt graduierte er



Linguère Mously Mbaye, Benjamin Elsner und Karina Doorley

zuvor an der Universität Regensburg. Schon vor Beginn seiner Tätigkeit als IZA Research Associate war er als Affiliate mit dem Institut verbunden. Für seine Dissertation zu den Lohneffekten der Binnenwanderungen im Gefolge der EU-Osterweiterung erhielt er

2010 den FEEM Award der European Economic Association. Thematisch widmet er sich neben Fragen der ökonomischen Bedeutung sozialer Netzwerke vor allem Aspekten der internationalen Migration. *Linguère Mously Mbaye* schließt derzeit ihr Promotionsstudium als Ökonomin an der Université d'Auvergne in Clermont-Ferrand ab. Sie setzt in ihren Forschungsarbeiten Schwerpunkte auf Fragen von Entwicklungsökonomie, Migration und angewandter Mikroökonomie. Unter anderem analysiert sie die ökonomischen Folgen der Süd-Nord-Wanderungen aus Afrika sowie die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Emigration in Entwicklungsländern.

Erstes IZA@DC Young Scholar Program in Washington

Im Oktober 2012 fand in der US-Hauptstadt Washington das erste IZA@DC Young Scholar Program statt, ein gemeinsames Projekt mit der Georgetown University und dem dortigen Georgetown Center of Economic Research (GCER). Hauptziel des Programms ist es, im Verlauf einer intensiven Studienwoche ausgewählte Doktorandinnen und Doktoranden mit führenden Arbeitsökonominnen der Welt ins Gespräch zu bringen und ihnen die Gelegenheit zu bieten, Netzwerke auszubauen und Forschungs Kooperationen mit in Washington ansässigen Forschern zu begründen.

Für die Auftaktveranstaltung wählten die Organisatoren, *Frank Vella* (Georgetown University und IZA) und *Steffen Künn* (IZA), zehn Teilnehmer aus sieben verschiedenen Ländern außerhalb der USA aus. Ihnen präsentierte *Joshua Angrist* (MIT und IZA), empirische Belege zur Effektivität von „charter schools“ in den USA anhand eines natürlichen Experiments. *Jean-Marc Robin* (Sciences Po, Paris und IZA) gab Einblicke in eine empirische

Anwendung eines weiterführenden Job-such-Modells, während *Raquel Fernández* (New York University und IZA) ein dynamisches Lebenszyklus-Modell vorstellte, das den Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten erklärt. Die Ergebnisse eines Laborexperiments zum Einfluss von Geschlecht, kognitiven Fähigkeiten und persönlichen Merkmalen



auf ökonomische Entscheidungen wurden von *John C. Ham* (University of Maryland und IZA) präsentiert. *Petra E. Todd* (University of Pennsylvania und IZA) stellte Forschungsarbeiten einer Feldstudie zum Risikoverhalten vor. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen mit den Referenten.

Der zweite Teil des IZA@DC Young Scholar-Programms bestand aus eigenen Präsentationen der Studenten. Jede Sitzung wurde von einem erfahrenen Wissenschaftler geleitet; darüber hinaus nahmen auch Mitglieder der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Georgetown University an der Diskussion der präsentierten Arbeiten teil.

Ein weiterer Baustein des Programms bestand aus dem Besuch verschiedener vor Ort ansässiger Institutionen wie etwa Weltbank, Urban Institute, Brookings Institution, U.S. Bureau of Labor Statistics, Inter-American Development Bank und George Washington University, um dort

IZA Research Fellows zu persönlichen Gesprächen zu treffen. Das erste IZA@DC-Programm erhielt ein überaus positives Feedback sowohl seitens der teilnehmenden Doktoranden als auch von den mitwirkenden IZA Fellows und Fakultätsangehörigen der Georgetown University.

Erfolgreicher Start der neuen IZA Open Access Journals

Die im Jahr 2012 initiierte Online-Schriftenreihe der IZA Journals (siehe IZA Compact Juni 2012) ist erfolgreich in ihren ersten Jahrgang gestartet. Mittlerweile sind in jeder der fünf Zeitschriften bereits diverse Beiträge erschienen und über das SpringerOpen-System weltweit frei erhältlich. Zu den ersten Veröffentlichungen zählen unter anderem die nachfolgenden Artikel prominenter Autoren:



“Tall or taller, pretty or prettier: is discrimination absolute or relative?” by Daniel S. Hamermesh, IZA Journal of Labor Economics 2012, 1:2 (www.izajole.com/content/1/1/2)

“Notes on behavioral economics and labor market policy” by Linda Babcock, William J. Congdon, Lawrence F. Katz and Sendhil Mullainathan, IZA Journal of Labor Policy 2012, 1:2 (www.izajolp.com/content/1/1/2)

“Immigration, obesity and labor market outcomes in the UK” by Susan L. Averett, Laura M. Argys and Jennifer L. Kohn, IZA Journal of Migration 2012, 1:2 (www.izajom.com/content/1/1/2)



“Industrial decline and labor reallocation in a transforming economy: Romania in early transition” by John S. Earle, IZA Journal of Labor and Development 2012, 1:2 (www.izajold.com/content/1/1/2)

“The future of retirement and the pension system: How the public’s expectations vary over time and across socio-economic groups” by Luc Bissonnette and Arthur van Soest, IZA Journal of European Labor Studies 2012, 1:2 (www.izajoels.com/content/1/1/2)



Über die Homepage der IZA Journal Series sind alle Veröffentlichungen leicht zugänglich: ► journals.iza.org/

Das IZA lädt seine Research Fellows und Affiliates sowie darüber hinaus auch alle interessierten Arbeitsökonominnen ein, ihre neuesten Forschungsarbeiten zur Publikation in den IZA Journals einzureichen.



» Meinung

Der deutsch-französische Motor stottert

Die deutsch-französische Freundschaft war die Basis für die Entwicklung Europas mit dem Euro als Trumpf. Ich bin an der deutsch-französischen Grenze aufgewachsen und habe am Jugendaustausch teilgenommen. Damals schrieb Jean-Jacques Servan-Schreiber über die „Amerikanische Herausforderung“. Später habe ich mit einem deutsch-französischen ökonomischen Sachverständigenrat die beiden Regierungen beraten.

Heute stottert der deutsch-französische Motor. Braucht man ihn noch? Steht doch nun die chinesische Herausforderung und die Achse Amerika-Europa, die in der ersten Amtszeit Obamas nicht die erhoffte Stabilisierung erfahren hat, im Mittelpunkt. Allerdings sind die nordatlantischen Beziehungen für Amerika nur mit einem starken und geeinigten Europa interessant. Die deutsch-französische Achse ist also weiter gefordert, zugleich aber gefährdeter denn je.

Vor rund 50 Jahren, am 22. Januar 1963, haben beide Länder ihren historischen Freundschaftsvertrag geschlossen. Seitdem gibt es erfolgreiche Austauschprogramme in Bildung, Jugend und Kultur. Der zwischenstaatliche Handel floriert, und im Management der großen Wirtschaftskrise haben beide Regierungen gut zusammengearbeitet.

Aber auf den Kerngebieten der Wirtschafts-, Finanz-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik gehen die Nachbarn weiterhin getrennte Wege. So ist beispielsweise das 25 Jahre später vereinbarte Zusatzprotokoll zum Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1988, das jährliche gemeinsame Haushaltskonsultationen des deutsch-französischen Wirtschaftsrats noch vor den Etatberatungen der Parlamente vorsah, nie wirklich umgesetzt worden. Auch die auf dem Gipfeltreffen im Februar 2010 vereinbarte deutsch-französische Agenda 2020 hat die Kooperation nicht wirklich vorangebracht.

Seit den französischen Präsidentschaftswahlen haben die unterschiedlichen Auffassungen über die

Notwendigkeiten struktureller Reformen von Arbeitsmarkt und sozialen Sicherungssystemen, die Rolle fiskalischer Disziplin und die Aufgaben der Europäischen Zentralbank erheblich zugenommen.

In Deutschlands „sozialer Marktwirtschaft“ gehören Wettbewerb mit sozialem Konsens, Strukturreformen und Stabilitätsdisziplin zum Markenkern. Die Grande Nation hingegen setzt auf das Modell einer zentralen staatlichen „planification“, deren Grundgedanke die „égalité“ ist. Diese Unterschiede spürt man in jeder bi-nationalen Debatte zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Deutschland ist vom demografischen Umbruch weit aus stärker betroffen als sein Nachbar. Schon bald wird Frankreich das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union sein. Es scheint überzeugender die Aufgabe zu meistern, durch flexible Beschäftigungsmodelle und gute Kinderbetreuung Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Aber warum ist der französische Arbeitsmarkt insgesamt so viel unflexibler, die Produktivität deutlich geringer, die Exportquote so viel schwächer als in Deutschland? Warum glaubt die französische Politik, den nötigen Arbeitszeitverlängerungen ausweichen zu können?

Das deutsch-französische Projekt muss dringend revitalisiert werden. Beide Nationen können viel voneinander lernen und so dazu beitragen, Europa wieder wettbewerbsfähiger zu machen. Dazu muss die Eurokrise genutzt werden, um Strukturreformen und fiskalische Sanierung zu erreichen, ohne Europa kaputtzusparen. Dass dies möglich ist, zeigt die deutsche Wirtschaftspraxis des letzten Jahrzehnts. Der 50. Geburtstag des Freundschaftsvertrags sollte daran erinnern, dass Europa nur „funktioniert“, wenn die Achse Paris-Berlin „funktioniert“.



Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: **Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann**
 Redaktion: **Mark Fallak, Holger Hinte**
 Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
 Tel.: **+49 (0) 228 - 38 94 223**
 Fax: **+49 (0) 228 - 38 94 510**
 E-Mail: **compact@iza.org**
 Internet: **www.iza.org**
 Grafiken/Fotos: IZA
 Druck: Güll GmbH, Lindau
 Layout: IZA